

Europa-Union versucht Neubeginn im Landkreis

Die überparteiliche Bürgerinitiative wurde vor über 30 Jahren gegründet, die Initiative schief aber ein, nun gibt es einen Neustart

Von **WOLFGANG DEHM**

KARLSTADT Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1946, wurde die Europa-Union gegründet. Sie ist eine überparteiliche Bürgerinitiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, europäische Ideen zu verbreiten und die politische Arbeit der gewählten Volksvertreter kritisch zu begleiten.

Vor mehr als 30 Jahren wurde der Kreisverband Main-Spessart der Europa-Union gegründet, der jedoch im Lauf der Zeit einschlief. Im Jahr 2007 gab es einen Neuanfang, doch auch diese Aktivitäten waren nicht von Dauer.

Nur acht Interessierte kamen zur Wahlversammlung

Initiator eines neuen Wiederbelebungsversuches war Reinhard Schaupp, stellvertretender bayerischer Landesvorsitzender und unterfränkischer Bezirksvorsitzender der Europa-Union. Er hatte dazu ins Hotel Mainpromenade in Karlstadt eingeladen. Dass dort am Donnerstagabend lediglich acht Interessierte auftauchten – sieben Männer und eine Frau – enttäuschte ihn etwas, zumal er nach eigener Aussage viele Bürgermeister und Gemeinderäte sowie politische Gruppierungen und Träger von Bildungseinrichtungen auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht habe.

Dennoch gelang es ihm, einige der wenigen Anwesenden dafür zu gewinnen, einen Posten im neu zu bildenden Vorstand zu übernehmen, so dass zumindest ein Kernvorstand zustande kam. Zur Vorsitzenden wurde Pamela Nembach aus Marktheidenfeld gewählt. Die SPD-Frau ist unter anderem stellvertretende Landrätin in Main-Spessart. Zweiter Vorsitzende wurde Herbert Hausmann aus Karsbach, Schatzmeister Paul Breitenbach aus Rieneck und Kassenprüfer der Gösseheimer Bürgermeister Klaus Schäfer. Alle vier wurden jeweils einstimmig gewählt.

Vortrag zur Entwicklung der Europäischen Union

Laut dem unterfränkischen Bezirksvorsitzenden Schaupp hat die Europa-Union deutschlandweit rund 6000 Mitglieder. In Unterfranken seien es knapp 900 mit Schwerpunkt Hammelburg (340). In Main-Spessart seien es um die zehn.

In seinem Referat „Unser föderales Europa – eine Schicksals- und Wertegemeinschaft“ machte Schaupp deutlich, dass „Europa, wie wir es heute kennen“, das Ergebnis einer Neuordnung nach den Weltkriegen sei. Er beleuchtete die Entwicklungsgeschichte der Europäischen Union (EU) und kam zu dem Schluss, dass die EU eine Schicksalsgemeinschaft



Europa-Union Bezirksvorsitzender Reinhard Schaupp (hinten Mitte) mit dem neuen Kernvorstand des Kreisverbandes Main-Spessart (von links): Schatzmeister Paul Breitenbach, Vorsitzende Pamela Nembach, ihr Stellvertreter Herbert Hausmann sowie Kassenprüfer Klaus Schäfer. FOTO: WOLFGANG DEHM

und bedingt auch eine Wertegemeinschaft sei.

Schwieriger zu beantworten sei hingegen, ob die EU Staatsaufgaben erfülle, ohne ein Staat zu sein und wie die Zukunft der bisherigen Nationalstaaten in einem vereinten Europa aussehen solle. Laut Schaupp ist die aktuell 27 Mitgliedsländer zählende EU weder ein Staatenbund (Zu-

sammenschluss souveräner Staaten als Gliedstaaten mit eigener Organisation auf Bundesebene) noch ein Bundesstaat (Staat, der sich aus mehreren nicht- oder teilsouveränen Gliedstaaten zusammensetzt, wie beispielsweise die USA oder die Bundesrepublik Deutschland).

Die EU sei ein Staatenverbund, so Schaupp. Dabei handele es sich um

ein supranationales (überstaatliches) Gebilde, das zwar keine Staatssouveränität habe, aber ein Parlament sowie eine Kommission. Allerdings habe das demokratisch gewählte EU-Parlament kein Recht, Gesetzesvorschläge einzubringen, so dass die nicht demokratisch gewählte Kommission den Willen des Parlaments ignorieren könne.

Schaupp: EU ist kein Garant mehr für liberale Demokratie

Mit Blick auf EU-Mitgliedsländer wie Polen und Ungarn sagte Schaupp, die EU sei nicht mehr automatisch ein Garant für liberale Demokratie, freie Medien und Rechtsstaatlichkeit. Polen und Ungarn passen nicht in die EU-Wertegemeinschaft. Unter diesem „Gefahrenaspekt“ müsse auch das Thema EU-Erweiterung betrachtet werden. Ein Blick in die Geschichte zeige, dass die Überdehnung eines Herrschaftsgebietes in vielen Fällen Ursache für den Untergang eines Staatsgebildes gewesen sei.

Eine EU-Erweiterung ist aus Schaupps Sicht nur dann möglich, wenn ein neuer Verfassungskonvent (Versammlung zur Vorbereitung einer Verfassung) geschaffen wird. Als Basis für die Zukunft benötige man einen „verlässlichen Entwurf für die Konstruktion Europas“, sagte er.